



Mahnwache des DGB anlässlich der Bombardierung Augsburgs vor 60 Jahren, 25.2.2005



Protest gegen eine DVU-Kundgebung am Martin-Luther-Platz, 25.2.2005



Kreisvorsitzender der NPD, Teufel, mit jungem Nationaldemokraten

Kommune gegen Rechts

Vorschläge des Forums und der VVN

Die Stadt sollte noch deutlicher Flagge zeigen gegen das Auftreten von Rechtsextremisten.

Die Stadt muss sich den Rechtsextremen bei jeder Gelegenheit entgegenstellen und ihre Bürger ermutigen, dies auch zu tun. Sollte sich ein Versammlungsverbot im konkreten Fall nicht erwirken lassen, so wäre eine Verbotinitiative der Stadt dennoch sehr ermutigend für den öffentlichen Widerstand. Ein wichtiges Zeichen der Stadtverwaltung für eine breite Mobilisierung wäre dadurch gesetzt. In diesem Fall kann nur das Auftreten vieler Augsburgsburgerinnen und Augsburgsburger und rigorose Auflagen der Stadt eine Demonstration von Neofaschisten mit rassistischem, ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt verhindern.

Dazu muss die Stadt die Route der Faschisten bekannt geben, ein Versteck- und Verwirrspiel von Behörden und Polizei darf es nicht geben, die Öffentlichkeit muss Bescheid wissen

Die Nazis dürfen bei öffentlichen Auftritten nicht derart abgeschirmt werden, dass die demokratische Öffentlichkeit nicht prüfen kann, ob Volksverhetzung stattfindet und gegebenenfalls dagegen vorgehen kann

Unerträglich ist der chronische Polizeischutz für faschistische Versammlungen, noch unerträglicher, dass Aktivitäten gegen diese Provokationen polizeilich und gerichtlich verfolgt werden. So bekam die Anmelderin eines Infostandes gegen eine NPD-Veranstaltung am 11.6.2004 einen saftigen Strafbefehl vom Amtsgericht Augsburg!

Unbedingt muss der Auftritt führender Funktionäre des Witikobundes im Rahmen des Sudetendeutschen Tages verboten werden. Bereits zweimal trat Horst Rudolf Übelacker für den tendenziell rechtsextremen Witikobund in der städtischen Messehalle auf. Ein drittes Mal sollte es heuer nicht mehr geben. In einer Erklärung zum Rechtsradikalismus vom 18.2.2005 empfiehlt das Präsidium des Deutschen Städtetags den Kommunen, „alle zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mittel einzusetzen,

um ihre städtischen Einrichtungen, wie beispielsweise Stadthallen und Jugendeinrichtungen, nicht als Bühne des Rechtsradikalismus missbrauchen zu lassen.“

Das Institut für Zeitgeschichte spricht im Zusammenhang mit der rechten Kampagne gegen Eugen Nerdinger von der „Verhöhnung eines Opfers nationalsozialistischer Verfolgung“. Hier sollte auch die Stadt Position beziehen. Es kann nicht angehen, dass nun Widerstandskämpfer denunziert werden. Es sollte aber auch nicht vorkommen, dass der OB – wie bei der Eröffnung der Ausstellung über Nerdingers Lebenswerk geschehen – das Engagement Nerdingers im Widerstand unerwähnt lässt!

Die Stadt kann und muss bei sich selber anfangen. Straßen wie Dr.-Otto-Meyer-Straße, Professor-Messerschmitt-Straße, Karl-Haberstock-Straße müssen umbenannt werden. Otto Meyer baute in der Endphase des 1. Weltkriegs als Direktor der Rumpplerwerke bereits Kampfflugzeuge. Nach der Demilitarisierung dieser Firma wurde er Direktor und Vorstand der MAN-Werke. Die MAN war der zentrale Augsburger Rüstungsbetrieb im Faschismus und neben Hamburg das Zentrum des U-Boot-Marine-Motorenbaus. Noch in den letzten Tagen vor der Befreiung, als der größte Teil der Belegschaft der Arbeit fern blieb, ließ Otto Meyer mit einem Volkssturmbataillon nochmal hunderte Arbeiter in den Betrieb zurück treiben um die Rüstungsproduktion aufrecht zu erhalten und unterband das Hissen weißer Fahnen. Wilhelm Messerschmitt wurde 1945 nach der Befreiung als Kriegsverbrecher eingestuft und drei Jahre interniert. Karl Haberstock war NSDAP-Mitglied, war für die Kommission zur Verwertung der beschlagnahmten Werke „entarteter Kunst“ tätig, förderte Rosenbergs paramilitärisch organisierten Kampfbund für deutsche Kultur und wurde zum Hauptagent Hitlers, der seine Kunstsammlung mit Haberstocks Hilfe aufbaute.

Auch die Internetseiten der Stadt müssen geändert werden. Es ist unerträglich, dort eine Huldigung des Kriegsverbrechers und Nazi-Rüstungsgewinners Messerschmitt zu finden. Es geht nicht, dass die Graphische Sammlung im Schaezlerpalais/Stiftung Haberstock ohne jeden Kommentar auf der Webseite der Stadt präsentiert wird.

Die Halle 116 muss erhalten und zur Gedenkstätte ausgebaut werden.

Dies ist eine wichtige Aufgabe der Stadt, die auf keinen Fall anderweitigen Wertungsinteressen auf dem Sheridan-Gelände oder Etatproblemen untergeordnet werden darf. Die Halle 116 ist als ehemaliges KZ-Lager ein wichtiges Zeitdokument. Dieser symbolische Ort der Ausübung von Zwang und Gewalt muss erhalten bleiben. Die Halle könnte und sollte Kristallisationspunkt für die Schaffung einer Stätte der Auseinandersetzung mit faschistischen Denkmustern und Gräueltaten werden. Dieser Ort, ehemaliges Außenlager von Dachau, könnte für die Stadt Augsburg ein würdiger Ort der Völkerverbindung, der Ausgangspunkt einer modernen Friedensstadt sein, die zeigt, dass sie ihre dunkle Vergangenheit aufarbeiten will. Die zweistöckige Halle bietet genügend Platz um in ihr

Eine Dokumentation und einen Gedenkort über Zwangsarbeit und KZ-Lager sowie des Widerstands gegen die faschistische Diktatur in Augsburg und Umgebung einzurichten

Einen Platz zur Begegnung, Kommunikation und Friedensarbeit zu schaffen sowie Ausstellungsmöglichkeiten anzubieten

Eine Stadtteilbibliothek (Schwerpunkt Faschismus, Neofaschismus, NS-Geschichte) und eine verleihbare Ausstellung über Faschismus in Augsburg und Schwaben aufzubauen

Nur in einer solchen großzügigen Lösung können die in der Stadt und in Schwaben verstreuten, oft versteckten und weithin unbekanntenen Erinnerungsorte, Gedenktafeln etc. zusammengefasst und bekanntgemacht werden. Augsburg als Hauptstadt des NS-Gaus Schwaben wäre das der Region, den Opfern und der Jugend schuldig.

Die Stadt kann und muss die antifaschistische Aufklärung an den Schulen fördern.

Mit historischen Stadtrundgängen und einer Wanderausstellung über den Faschismus in Augsburg und seine Stätten könnte ein wirksames Mittel für den Unterricht und die interessierte Öffentlichkeit angeboten werden. Facharbeiten zu diesen Themen sollten gefördert werden.

Die Jugend sollte den Grabstein des ehemaligen Gauleiters auf dem Göggin-

ger Friedhof kennen mit der Inschrift: „Werdet nicht müde, das Gute zu tun“. Und die Jugendlichen sollten dem zynischen Spruch etwas entgegensetzen können – dazu muss man sie aber befähigen. Sie sollten auch das Grab für russische Zwangsarbeiter kennen, die von der Gestapo brutal gefoltert und ermordet wurden, weil sie sich der Kriegsproduktion bei Messerschmitt widersetzen. Wer weiß schon, dass der Gauleiter Wahl nach dem Untergang des NS-Regimes als Bibliothekar bei der Fa. Messerschmitt arbeitete und nur 10% seines Vermögens konfisziert wurde?

Die Jugend sollte wissen, dass sich die feigen Nazi-Bonzen in einem bombensicheren Bunker unter den heutigen Stadtwerken verschanzten, während sie mit ihrer Kriegspolitik die Bombenangriffe auf die Stadt provozierten und Zwangsarbeiter sogar in den Bombenhagel schickten. Man sollte die Jugend aufklären, dass die Nazis die Bevölkerung im Stadtgebiet als Schutzschild misbrauchten und auch in der Innenstadt Munitionslager und Rüstungsbetriebe errichteten. Was soll die Jugend sonst sagen zur Agitation der Neofaschisten, die Luftangriffe der Alliierten auf das Deutsche Reich seien „Verbrechen“ und „Bomben-Holocaust“ gewesen?

Es darf nicht sein, dass die NPD und andere Faschisten eine Kundgebung vor dem AOK-Gebäude am Prinzregentenplatz abhalten, der ehemaligen Gestapo-Zentrale, und am gleichen Ort die Polizei Jugendliche einkesselt, damit sie den Nazis nicht entgetreten können. Hier fehlt es weit in Augsburg – soweit, dass die unauffällige Gedenktafel zur Gestapo-Zentrale sogar am falschen Gebäude hängt!

Dies sind nur einige Beispiele, die aber schon zeigen, wie elementar wichtig ein Dokumentations- und Informationszentrum in der Halle 116 wäre und von welchem unschätzbaren Nutzen es auch für die Bildungsarbeit an Schule, Volkshochschule und Universität wäre. Eine ganze Reihe von Initiativen, Werkstätten, Arbeitskreisen und Institutionen, die sich mit Themen im Umkreis des Antifaschismus – historisch und aktuell – befassen, könnten von der Halle 116 profitieren.

Die Facharbeit zur Entnazifizierung in Augsburg und Schwaben, die vergangenes Jahr am Annagymnasium verfasst wurde, ist ein positives Beispiel für die Kooperation von Schule, Staatsarchiv und Stadtarchiv im Rahmen eines Landesprogramms (das bayerische Projekt Archiv und Schule), das „Schule“ machen sollte. (1)

Es gibt zu wenig solcher Facharbeiten, bzw. sie werden zu wenig bekannt. Die

Spruchkammerverfahren

im Zuge der Entnazifizierung 1946-49

für die Kollegstufe

Staatsarchiv Augsburg: Dr. Claudia Kalesse
Gymnasium bei St. Anna, Augsburg: Dr. Renate Weggel

2004

Zwei ausgewählte Verfahren einer Augsburger
und der Kemptener Spruchkammer

Fall 1: ein Augsburger Industrieller (Akten der
Spruchkammer Augsburg-Stadt M 161) ...

Stadt könnte auf ihrer Webseite einschlägige Arbeiten aus Schule, Wissenschaft und Werkstätten bekanntmachen und veröffentlichen.

Für ein Verbot rechter Aufmärsche in der City!

Kann die Stadt rechtsextreme Aufmärsche und Kundgebungen verbieten? Ordnungsreferent Kirchner meint: Nein, der Stadt seien „die Hände gebunden“. (Augsburger Allgemeine 1.3.2005). Diese Aussage ist nicht nachvollziehbar. Vor allem deswegen nicht, weil sich Kirchner hierbei auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2001 beruft. Zu dieser kam es, als die Stadt Augsburg – damals unter OB Menacher – versuchte, eine Demonstration der NPD am 1. Mai 2001 zu verbieten. Das Versammlungsverbot wurde von der Stadt Augsburg damit begründet, „es sei nicht auszuschließen, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit ‚sich provoziert fühlenden Ausländern‘ und antifaschistischen Gegendemonstranten kommen könnte“

Mit einer solchen Begründung kriminalisierte die Stadt die Antifaschisten und Migranten, die sie eigentlich hätte unterstützen sollen. Vor dem Bundesverfassungsgericht war diese Begründung nicht haltbar. Es bemängelte vor allem, dass der Veranstalter einer Demonstration nicht verpflichtet werden könne, ein besonderes Sicherheitskonzept vorzulegen, welches solche angenommenen Gefahren ausschließt.

Bei der für den 25.02.2005 angemeldeten Kundgebung der DVU auf dem Martin-Luther-Platz wurden von der Stadt Auflagen gemacht, die wiederum den Versammlungsleiter verpflichten sollten, gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Natürlich wurden diese Auflagen per Gerichtsbeschluss aufgehoben.

Daraufhin sah Kirchner bestätigt, dass die Stadt nicht gegen rechtsextreme Aufmärsche vorgehen könne.

Aus den Entscheidungen des Bundes-

verfassungsgerichts geht deutlich hervor, dass „Versammlungsverbote nur zum Schutz elementarer Rechtsgüter in Betracht kommen während die bloße Gefährdung der öffentlichen Ordnung im Allgemeinen nicht genügt“. In verschiedenen Entscheidungen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass *zum Schutz der Jugend und der persönlichen Ehre* die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden kann. (Art.5 Abs.2 Grundgesetz zur Meinungsfreiheit)

Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung (Voraussetzung für ein Verbot nach § 15 Versammlungsgesetz) kommt nur dann in Betracht, wenn Strafgesetze verletzt werden. Darunter zählen hauptsächlich *das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen* (§ 86 a StGB), *Volksverhetzung* (§ 130 StGB), *Beleidigung* (§ 185) und *Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener* (§ 189). *Volksverhetzung* begeht insbesondere, wer unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Völkermord öffentlich oder in einer *Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost*.

Anstatt mit der Begründung „eventueller gewalttätiger Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten“ einen rechten Aufmarsch zu verbieten, sollte sich die Stadt eher besinnen, welche Rechtsgüter sie eigentlich zu schützen hat:

Nämlich das Recht der Jugend vor geschichtsfälschenden Darstellungen. Immerhin wurde bei der rechtsextremen Demonstration am 9.10.2004 die Machtergreifung Hitlers in einem öffentlichen Aufruf als „demokratisches Ereignis“ bezeichnet und am 26.02.2005 die Bombardierung Augsburgs 1945 als „Bombenterror der Alliierten“ dargestellt. Stadtverwaltung und „Juso-Funktionären“ warf das rechtsextreme Blatt „Neues Schwaben“ zynisch vor, dass sie „den Bomben-Holocaust“ „verharmlosten“

Das Recht der Augsburger Migrantinnen und Migranten auf die Wahrung ihrer persönlichen Ehre. Immerhin machen sie ein Drittel der Augsburger Einwohner aus und sollten es nicht hinnehmen müssen, öffentlich mit fremdenfeindlichen Parolen in ihrer eigenen Stadt diskriminiert zu werden.

Der OB sagte bei der Kundgebung des Bündnisses für Menschenwürde am 9. Oktober 2004 auf dem Rathausplatz: „Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht gilt für alle, es gilt auch für diejenigen, die es abschaffen wollen.“ – Diese Position des OB ist nach dem oben Gesagten nicht haltbar. Das gleiche gilt für die Versammlungs-

freiheit: auch sie kann nicht gelten für die, die sie abschaffen wollen.

Auf den Internetseiten der rechten Organisationen NPD, DVU, Kameradschaft Süd, Nationale Opposition, Bewegung deutsche Volksgemeinschaft, Junge Deutsche (um nur ein Paar zu nennen, die inzwischen in Augsburg ihren Auftritt haben) wird das Ordnungsamt sicher fündig werden, wenn es darum geht, einen geplanten Aufmarsch mit einer besseren Begründung zu verbieten als in der Vergangenheit. Dabei muss das Ordnungsamt einfach die Aufrufe beachten, die zu Nazi-Aufmärschen in der Regel vorliegen.

Immerhin sagt auch das Bundesverfassungsgericht: „[...] *so sind Beschränkungen der Versammlungsfreiheit verfassungsrechtlich unbedenklich, die ein aggressives und provokatives, die Bürger einschüchterndes Verhalten der Versammlungsteilnehmer verhindern sollen, durch das ein Klima der Gewaltdemonstration und potentieller Gewaltbereitschaft erzeugt wird.*“ (Zit. BVerfG Beschluss vom 23. Juni 2004)

Also auch die Versammlungsfreiheit ist – ebenso wie die Meinungsfreiheit – nicht in jedem Fall zu gewährleisten, wenn es sich um Faschisten oder Neofaschisten handelt.

Die jüngste Änderung des *Versammlungsgesetzes* schützt nun zwar ausdrücklich die Würde der Opfer des Nationalsozialismus an bestimmten Orten. Obwohl die Bundesszentrale für politische Bildung für Bayern 260 solcher Orte nennt, kommen für die bayerische Staatsregierung nur zwei Orte in Frage. Aus diesem Grunde ist das neue Versammlungsgesetz für Augsburg wenig hilfreich. Öffentliche Äußerungen von Nazis mit antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Inhalten und die Verbreitung faschistischen Gedankenguts muss die Stadt sowieso anderweitig verfolgen.

Die jüngste Änderung des *Strafgesetzes* stellt nun auch die „*Billigung, Verherrlichung und Rechtfertigung der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft*“ unter Strafe. Man darf nur hoffen, dass dieser Pausus auch Bestand hat, denn damit könnte die Stadt schon was anfangen.

Forum solidarisches und friedliches Augsburg und VVN Augsburg, 22. März 2005

(1) http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg_d/bildung/stadtarchiv/archiv_schule/entnazifizierung.shtml

Forum solidarisches und friedliches Augsburg



Forum solidarisches und friedliches Augsburg

Email: info@forumaugsburg.de
 Web: www.forumaugsburg.de
 Treffen fünfmal im Jahr Sonntag vormittag
 10 - 14 Uhr Kulturhaus Kresslesmühle (1. Stock), Barfüßerstr. 4, Augsburg
 Die Termine werden auf der Webseite bekanntgemacht, s. Terminkalender des Forums
http://www.forumaugsburg.de/s_4termine/aktuell/index.htm
 Bei Bestellung des Newsletters des Forums unter info@forumaugsburg.de bekommt Ihr die Einladung per Mail oder per Fax
 Das nächste Treffen des Forums ist am So 4. Dez 2005 10 Uhr Kresslesmühle

Das Forum solidarisches und friedliches Augsburg wurde im März 2002 gegründet als Netzwerk und Dachverband von politischen Initiativen in Augsburg und politisch aktiven Menschen aus Schwaben. Dem Forum angeschlossen haben sich inzwischen:

ATIF Konföderation der türkischen Arbeiter in Deutschland
Augsburger Friedensinitiative AFI
Bund für Geistesfreiheit BfG
Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner DFG/VK
Frauenprojektehaus und Frauenbücherei
Internationales Kulturzentrum IKZ
Kranich e.V. zur Förderung des kulturellen Austauschs zwischen Deutschland und Osteuropa
Mitglieder der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit WASG
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN/BdA
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Das Forum ist jederzeit offen für Menschen, die mitarbeiten wollen oder auch nur Kontaktaufnahme und Begegnung mit Gleichgesinnten suchen. Es fördert den Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung in der linken politischen Arbeit am Ort, schafft mehr

Transparenz, was die Arbeitsweise und Ziele der einzelnen Organisationen angeht und mehr Bündelung des Kräfteinsatzes (z.B. gemeinsame Mobilisierung für Aktionen). Um konkrete Ziele z.B. im sozialen oder antimilitaristischen Bereich zu erreichen, kann das Forum in jedem Fall mehr Öffentlichkeit schaffen als es den einzelnen Organisationen manchmal gelingt. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte der Trägerorganisationen ist allen gemeinsam in jedem Fall die antifaschistische, antimilitaristische, antirassistische und soziale Gesamtausrichtung. Geleitet von dieser Tendenz arbeitet das Forum nach Möglichkeit mit anderen Bündnissen, Initiativen und Vereinen am Ort sowie den Gewerkschaften zusammen. Darüber hinaus versteht sich das Forum schwerpunktmäßig auch als Beratungsgremium und Impulsegeber für kommunalpolitische Belange. Das Forum publiziert auf einer eigenen Webseite www.forumaugsburg.de und veröffentlicht bei Bedarf Flyer und Broschüren, für die eine Redaktion mit monatlichen Treffen zuständig ist.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN/BdA



VVN Kreisverband Augsburg

Email: vvn_augsburg@web.de
 Web: www.vvn-augsburg.de
 Treffen jeweils am letzten Dienstag im Monat
 19.30 Uhr Kulturhaus Kresslesmühle (1. Stock), Barfüßerstr. 4, Augsburg
 Einladungen bekommt Ihr durch Eintrag in den Verteiler bei vvn_augsburg@web.de
 Die Termine der VVN werden auch auf der Terminseite des Forums bekanntgemacht, s.
http://www.forumaugsburg.de/s_4termine/aktuell/index.htm
 Das nächste Treffen der VVN ist am Di 29. Nov 2005 19.30 Uhr Kresslesmühle

Die VVN wurde 1947 aus überlebenden Verfolgten des Naziterrors und WiderstandskämpferInnen gegründet. Die soziale Betreuung ehemaliger Häftlinge ist bis heute ein wichtiges Aufgabenfeld ge-

blieben - etwa bei der Zwangsarbeiterentschädigung oder bei anderen Opfergruppen, die immer noch von der "Wiedergutmachung" ausgeschlossen sind. Das politische Leitmotiv der Organisation ist der Schwur der befreiten Gefangenen des KZ Buchenwald: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." So engagierten sich die Mitglieder der bayerischen VVN in vielen Aktionen gegen die Wiedereinsetzung der alten Nazis, gegen das Wiedererstehen faschistischer Organisationen, gegen Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung - und immer wieder gegen die "Verdrängung" der Geschichte. Zentrale Forderungen der VVN sind:

- die Entschädigung aller NS-Opfer
- die Vermittlung der Geschichte von Verfolgung und Widerstand
- die Gleichbehandlung aller Men-

schen unabhängig von Herkunft und Hautfarbe

- die Wiedereinführung eines humanen Asylrechts
- ehrendes Gedenken für die Opfer des NS-Regimes
- soziale Gerechtigkeit bei uns und auf der ganzen Welt.

Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN/BdA

Ich möchte Mitglied werden

Name, Adresse.....

.....

Ausschneiden und schicken an:
 VVN/BdA, Frauenlobstr. 24, 80337 München